



Union bleibt zuverlässiger Partner der Vertriebenen, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten

Jochen-Konrad Fromme zu den vordringlichsten Aufgaben der Gruppe der „Vertriebenen und Flüchtlinge“

Auch in der 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages stehen CDU und CSU wieder fest an der Seite der Heimatvertriebenen, deutschen Spätaussiedler und deutschen Minderheiten.

In einer ihrer ersten Sitzungen hat die Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler“ ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm beschlossen, womit sie an die Positionen aus der vergangenen Wahlperiode nahtlos anknüpft. Wir werden unsere Regierungsbeteiligung in der Großen Koalition dazu nutzen, unsere Anliegen ein Stück voranzubringen.

Dabei ist der Einsatz für Heimatvertriebene, Spätaussiedler und deutsche Minderheiten auch stets ein Beitrag dazu, dass die schlimmen Erfahrungen der Vergangenheit nicht in Vergessenheit geraten und das Bewusstsein in der Öffentlichkeit geschärft wird, damit Vertreibungen in Zukunft dauerhaft geächtet werden.

Besonders vordringlich sind Verbesserungen im Bereich der Kulturförderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG). Der Kürzungsmarathon von 45 Prozent in den vergangenen sieben Jahren und der Ausschluss der Organisationen der Heimatvertriebenen aus der Förderung dürfen nicht fortgesetzt werden. Hier müssen schnell Verbesserungen erzielt werden, um gewachsene Strukturen und die wichtige kulturelle Breitenarbeit zu stärken.

Wir wollen auch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin und die Erhebung eines „Nationalen Gedenktages für die Opfer der Vertreibung“ zur Umsetzung bringen und sind dabei für die bisherige Unterstützung von Bundeskanzlerin Angela Merkel sehr dankbar.

Ein wichtiges Anliegen ist es auch, für besonders schwer vom Vertreibungsschicksal Betroffene und für bisher ungelöste Fragen eine Lösung zu erreichen. Hierzu zählt beispielhaft auch eine moralische Anerkennung des besonders schweren Schicksals deutscher Zwangsarbeiter in Form einer humanitären Geste. Die Förderung der deutschen



Minderheiten im Ausland wollen wir wieder auf eine solide und verlässliche Basis stellen, so dass diese vor allem mit der jungen Generation eine Zukunftsperspektive und die Möglichkeit zur Pflege und Weiterentwicklung der deutschen Kultur erhalten.

CDU und CSU und besonders die Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ bleiben zuverlässige Partner an der Seite der deutschen Spätaussiedler.

Daher tritt die Arbeitsgruppe für nachhaltige Verbesserungen in den Bereichen Aufnahme und Integration der deutschen Spätaussiedler ein. Vordringlich sind besonders Verbesserungen beim Familiennachzug der deutschen Spätaussiedler.

INHALT

SEITE 2
AUSSTELLUNG DES „ZENTRUMS GEGEN VERTREIBUNGEN“ KOMMT ZUR RECHTEN ZEIT
Jochen-Konrad Fromme

SEITE 4
KULTURPOLITIK NACH § 96 BUNDESVERTRIEBENENGESETZ ERHÄLT NEUEN STELLENWERT
IAV

SEITE 5
ANGELA MERKEL WÜRDIGT DAS GROSSE EHRENAMTLICHE ENGAGEMENT DER HEIMATVERTRIEBENEN
IAV

SEITE 7
ROLAND KOCH UNTERSTÜTZT DIE AUFARBEITUNG DER VERTREIBUNGSGESCHICHTE IM SCHULUNTERRICHT
Rudolf Friedrich

Ausstellung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ kommt zur rechten Zeit

Jochen-Konrad Fromme begrüßt die von der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ vorgestellte Konzeption

Als Vorlauf für das umstrittene „Zentrum gegen Vertreibungen“ will die gleichnamige Stiftung vom 10. August an eine Ausstellung über Vertreibungen im 20. Jahrhundert in Berlin eröffnen. Anhand von 13 Beispielen sollten die Gemeinsamkeiten und Unterschiede der historischen Ereignisse dargestellt werden, sagte die Vorsitzende der Stiftung, Erika Steinbach, am 31. Januar 2006 in Berlin.

Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“, Jochen-Konrad Fromme, erklärte hierzu:

Immer mehr Menschen in Deutschland interessieren sich für die Geschichte der Vertreibung. Zugleich sind Vertreibungen auch zu Beginn des 21. Jahrhunderts alles andere als obsolet. Ob im Sudan oder Simbabwe, die schrecklichen Bilder sind uns alle gegenwärtig.

Da ist es zu begrüßen, dass die Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, die sich zum Ziel gesetzt hat, durch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ dazu beizutragen, Vertreibungen in Gegenwart und Zukunft dauerhaft zu ächten, nunmehr eine Konzeption für eine erste Ausstellung zu diesem wichtigen historischen Thema mit großem Gegenwartsbezug vorgestellt hat.

In der Ausstellung unter dem Titel „Erzwungene Wege“ sollen europäische Vertreibungsschicksale im 20. Jahrhundert dargestellt werden: Beginnend mit dem Völkermord an den Armeniern in den Jahren 1915/1916, über die Vertreibungen, die vom nationalsozialistischen Deutschland vorgenommen wurden, die Vertreibung und Verschleppung der Deutschen am Ende des Zweiten Weltkrieges bis zu den Vertreibun-



BdV-Präsidentin Erika Steinbach

gen im ehemaligen Jugoslawien in den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Die Ausstellung ergänzt thematisch ideal die erst kürzlich vom Haus der Geschichte in Bonn eröffnete Ausstellung „Flucht, Vertreibung, Integration“.

Die Union unterstützt sowohl die von der Stiftung geplante Ausstellung, die im August in Berlin gezeigt werden wird, als auch die Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ in Berlin als einen wichtigen Beitrag zur Aufarbeitung unserer gemeinsamen europäischen Geschichte und als einen wichtigen Beitrag zu Verständigung und Aussöhnung.

Landesbeauftragter Friedrich in den Beirat für Spätaussiedlerfragen beim Bundesinnenminister berufen

Zur Besetzung des von dem ehemaligen Bundesinnenminister Schily verhandelten Gremiums

Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble hat den Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, in den beim Bundesministerium des Innern gebildeten Beirat für Spätaussiedlerfragen berufen.

Friedrich ist einer von fünf Vertretern der Bundesländer, die zusammen mit Vertretern gesellschaftlich-relevanter Gruppen einen 16-köpfigen Beirat unter dem Vorsitz des Bundesinnenministers bilden.

Der Beirat für Spätaussiedlerfragen ist im Zuge der Verhandlungen um

das Zuwanderungsgesetz durch den damaligen Bundesinnenminister Schily per Ministererlass eingerichtet worden. Wegen der vorgezogenen Bundestagswahlen kam es damals nicht mehr zur Besetzung des Gremiums. Rudolf Friedrich ist seit 1999 Landesbeauftragter der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler und war Mitglied des Hessischen Landtags von 1974 bis 2003. Friedrich war 17 Jahre lang Vorsitzender des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Aussiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung.

Regierung in Warschau muss „Polnischer Treuhand“ Einhalt gebieten

Jochen-Konrad Fromme kritisiert die Propagandaaktivitäten der Partei, die die „Preußische Treuhand“ als Organisation sowie ihre Arbeit unterstützt.

Es stellt eine schwere Belastung im deutsch-polnischen Verhältnis dar, wenn mit derart archaischen Methoden, wie sie von der „Polnischen Treuhand“ verwandt werden, antideutsche Hetze betrieben wird. Kampfgeschrei und die Verwendung von Symbolen aus dem Dritten Reich passen nicht in das gemeinsame Europa des 21. Jahrhunderts. Noch bedenklicher als die Existenz der „Polnischen Treuhand“ ist das auch Parlamentarier aus dem polnischen Sejm und sogar Staatspräsident Lech Kaczynski diese Organisation unterstützen. Hier ist ein Umdenken dringend erforderlich.

Der möglicherweise bevorstehende Wahlkampf in Polen droht sonst erneut zu einer antideutschen Veranstaltung auszuarten. Das deutsch-polnische Verhältnis ist aber zu kostbar, um es zu gefährden oder zu beschädigen.

Deshalb gibt es in Deutschland auch keine im Parlament vertretene

Partei, die die „Preußische Treuhand“ als Organisation sowie ihre Arbeit unterstützt. Es ist von größter Wichtigkeit, dass die polnische Regierung und das polnische Parlament sich auf ihre Verantwortung für Verständigung und Aussöhnung im deutsch-polnischen Verhältnis erinnern und zum Wohle des deutsch-polnischen Verhältnisses dem Treiben der „Polnischen Treuhand“ Einhalt gebieten.



Jochen-Konrad Fromme

Berufung von Hermann Schäfer zum Abteilungsleiter beim Kulturstaatsminister wird begrüßt

Jochen-Konrad Fromme begrüßt die Änderungen im Haus des Beauftragten für Kultur und Medien

Die Ernennung des derzeitigen Präsidenten der „Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland“, Prof. Dr. Hermann Schäfer, zum Leiter der Abteilung Kultur und Medien beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien ist sehr zu begrüßen.

Hermann Schäfer hat in seiner derzeitigen Funktion über viele Jahre bewiesen, dass er das notwendige Interesse und Fingerspitzengefühl mitbringt, um die unter historischen Aspekten besonders wichtige Förderung der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) zu vertreten.

Nach dem Regierungswechsel 1998 wurden die Aufgaben der Kulturförderung nach § 96 BVFG vom Bundesinnenministerium in die neu geschaffene Behörde des Beauftragten für Kultur und Medien im Bundeskanzleramt übertragen. Die folgenden sieben Jahre waren gekennzeichnet durch einen beispiellosen Kürzungsmarathon, beim dieser wichtige Politikbereich im Umfang von 45 % und damit wie kaum ein anderer Bereich gekürzt worden ist. Die Kulturarbeit nach § 96 BVFG wurde zu einem Steinbruch und zur politischen Manövriermasse; auch hat der bisherige Leiter der Abteilung als spiritus rector eine so genannte Neukonzeption der Kulturarbeit im Jahr 2000 auf den Weg gebracht,

die die eigentlich gesetzmäßig vorgesehenen Träger der Vertriebenenkulturarbeit aus der Förderung zunehmend herausgedrängt und die kulturelle Breitenarbeit nahezu zum Erliegen gebracht hat.

Daher verbindet sich mit der Person von Prof. Dr. Hermann Schäfer auch die Hoffnung auf einen Neuanfang in diesem wichtigen Politikbereich. Das Interesse, das Hermann Schäfer bisher diesem Aufgabenbereich entgegengebracht hat, weckt die Hoffnung, auf neue Impulse bei der Pflege, bei der Weiterentwicklung und beim Erhalt des gemeinsamen historischen Erbes in Deutschland und Europa.



Prof. Dr. Hermann Schäfer

Kulturpolitik nach § 96 Bundesvertriebenengesetz erhält neuen Stellenwert

Jochen-Konrad Fromme begrüßt die große Übereinstimmung mit Staatsminister Bernd Neumann



v.l.n.r.: Dr. Herbert Hupka, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Staatsminister Bernd Neumann, Erika Steinbach, Klaus Brähmig, Helmut Sauer, Henry Nitzsche

Es ist erfreulich, festzustellen, dass zwischen dem verantwortlichen Staatsminister Neumann und den in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für den Aufgabenbereich der Vertriebenenkulturarbeit Zuständigen weitestgehende Übereinstimmung besteht.

In einem Gespräch der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler“ mit dem Staatsminister für Kultur und Medien, Bernd Neumann MdB, wurde deutlich gemacht, dass es zu einer Weiterentwicklung im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 Bundesvertriebenengesetz kommen soll. Dabei werden alle Aspekte der Kulturförderung in diesem Bereich in den Blick genommen.

Einig ist man sich vor allem darin, dass eine Schwerpunktsetzung, neben der Pflege und dem Erhalt des gemeinsamen kulturellen Erbes in Deutschland und in Heimatgebieten, auch wieder auf der Förderung der Weiterentwicklung der Kultur liegen muss. Große Einigkeit herrschte auch bei der Feststellung, dass die Organisationen der Heimatvertriebenen die Hauptadressaten der Förderung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz sind. Große strukturelle Veränderungen, wie zum Beispiel die Zusammenlegung des Westpreußischen und des Ostpreußischen Landesmuseums, die ausdrücklich gegen den Willen der Träger der Einrichtungen geplant worden seien, sollten nicht durchgeführt werden. (IAV)

Nachbarschaft auf Augenhöhe

Gastbeitrag von Dr. Herbert Hupka vom 31. Januar 2006 (in Auszügen)

[...] Zwar sind Deutschland und Polen seit 1999 Bundesgenossen in der NATO, im Nordatlantischen Bündnis, und seit 1. Mai 2004 sind wir auch gleichberechtigte Mitglieder in der Europäischen Union, aber wir begegnen uns noch immer nicht auf Augenhöhe. Bis zur Stunde lassen sich, Gott sei es geklagt, viele Beispiele für das immer noch arg gestörte deutsch-polnische Verhältnis anführen. Erschwerend und störend wirkt sich gleichzeitig aus, dass Medien und Politiker in Deutschland nicht etwa Ressentiment gegenüber Polen hegen, aber in ihren Aussagen und mit ihrem Tun zum Ausdruck bringen, dass man stets erst danach fragen müsste, was sagt man in Polen zu diesem und jenem. Die Deutschen, so wird erklärend hinzugefügt, befinden sich in einem Schuldverhältnis angesichts des 1939 entfesselten Zweiten Weltkrieg, und daraus resultiere auch unser Verhältnis zum polnischen Nachbarn.

Obwohl gleichzeitig eine Kollektivschuld des deutschen Volkes abzuwehren und zu verurteilen ist, benimmt man sich deutscherseits so, als seien wir gezwungen, moralisch und politisch, Polen gegenüber unter der Last der Kollektivschuld in geradezu extremer Weise Rücksicht zu nehmen. Es wird, um es kurz auszudrücken, die Frage vorgeschaltet: Wie könnte man in Polen reagieren? [...] Darum ist es geboten, dass sich Deutsche und Polen auf Augenhöhe als Nachbarn begegnen und kooperieren. [...] Wer gute Nachbarschaft stiften und begründen will, wie das angesichts der deutsch-französischen Nachbarschaft tatsächlich der Fall ist, darf sich mit dem gegenwärtigen Zustand der Ungleichheit zwischen Deutschen und Polen nicht abfinden. Nachbarschaft auf gleicher Augenhöhe muss angestrebt und verlangt werden. Gerade auch die EU als Wertegemeinschaft setzt auf die Gleichrangigkeit. [...]

Anliegen der Spätaussiedler wieder in der Hand eines Parlamentarischen Staatssekretärs

Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ trifft Parl. Staatssekretär Dr. Christoph Bergner



v.l.n.r.: Dr. Christoph Bergner, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und Aussiedlerbeauftragter der Bundesregierung, Jochen-Konrad Fromme, Vorsitzender der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“, Anita Schäfer

Am 14. Februar 2006 ist der neu bestellte Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Parl. Staatssekretär Dr. Christoph Bergner, von Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble ins Amt eingeführt worden. Durch die Berufung von Christoph Bergner wurde die vor dem Regierungswechsel im Jahr 1998 bestehende bewährte Struktur wieder hergestellt. Wie aus der Zeit von Horst Waffenschmidt hat der Aussiedlerbeauftragte heute wieder den Status eines Parlamentarischen Staatssekretärs.

Noch vor seiner Amtseinführung war Christoph Bergner auf Einladung von Jochen-Konrad Fromme Gast in der Gruppe der „Vertriebenen,

Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Dabei wurde ein großes Einvernehmen bei zahlreichen Belangen der Spätaussiedler und der deutschen Minderheiten im Ausland deutlich.

So signalisierte der Beauftragte seine Unterstützung für Verbesserungen im Bereich des Familiennachzuges von Spätaussiedlern im Hinblick auf eine gemeinsame Ausreise von nach ausländerrechtlichen Bestimmungen zugangsberechtigten Personen. Eine große Übereinstimmung bestand auch bei Notwendigkeiten zur Verbesserung der Integration, besonders in Bezug auf die Schaffung von Integrationsorten und Optimierungen bei den Integrationskursen. (IAV)

Angela Merkel würdigt das große ehrenamtliche Engagement der Heimatvertriebenen

Erstmals nahm mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein Bundeskanzler am Jahresempfang des BdV teil

Hoch erfreut zeigte sich BdV-Präsidentin Erika Steinbach im Rahmen ihrer Begrüßungsansprache anlässlich des Jahresempfangs des Bundes der Vertriebenen in Berlin am 7. Februar 2006. Jedes Jahr könne sie mehr Gäste bei der traditionellen Veranstaltung begrüßen, was sie als Zustimmung und Unterstützung für den BdV wertete. Besonders erfreut zeigte sich Erika Steinbach, dass mit Angela Merkel erstmalig ein amtierender Regierungschef an der Veranstaltung teilnahm. Die Bundeskanzlerin sparte in ihrem Grußwort nicht mit Lob für die organisierten Heimatvertriebenen. Dabei hob sie das „großartige ehrenamtliche Engagement“ bei der Pflege und beim Erhalt der deutschen Kultur hervor und würdigte den Einsatz bei der Integration der deutschen Spätaussiedler. Bezug nehmend auf die Formulierung im Koalitionsvertrag versprach sie Unterstützung beim „Zentrum gegen Vertreibungen“.



v.l.n.r. (erste Reihe): Jochen-Konrad Fromme, Parl. Staatssekretär Christian Schmidt, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel

Es muss auch Verbesserungen für die Opfer des SED-Unrechts geben

Jochen-Konrad Fromme fordert angesichts von Änderungen im Versorgungsrecht Verbesserungen für SED-Opfer

Mit den Änderungen bei den Vorschriften des sozialen Entschädigungsrechts und beim Gesetz über einen Ausgleich von Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet setzt der Deutsche Bundestag die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts und des Bundessozialgerichts um.

Das Bundesverfassungsgericht hatte mit Beschluss vom 21. November 2001 unter anderem die Vorschriften des Anspruchs- und Anwartschaftsüberführungsgesetzes (AAÜG) über den Wegfall bestimmter Versorgungsansprüche aus den vier Sonderversorgungssystemen der ehemaligen DDR, z.B. bei Angehörigen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der DDR, für mit dem Grundgesetz unvereinbar erklärt.

Der Gesetzgeber wurde verpflichtet, den Verfassungsverstoß durch eine Neuregelung zu beseitigen.

Der Bundesgesetzgeber kommt mit den heute in 1. Lesung debattierten Gesetzesänderungen den Forderungen des Bundesverfassungsgerichts bei der Hinterbliebenenversorgung, beim Ausgleich für Dienstbeschädigungen im Beitrittsgebiet und durch Änderungen bei der Einbeziehung der Angehörigen des Sonderversorgungssystems der DDR in den Geltungsbereich des Gesetzes, nach.

Diese vom Bundesverfassungsgericht verlangten Verbesserungen, von denen auch ehemalige Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit profitieren, dürfen nicht geschehen, ohne für die Gruppe der Opfer der SED-Diktatur Verbesserungen zu erreichen.

CDU und CSU dringen daher auf eine rasche Umsetzung der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages zwischen CDU/CSU und SPD.

Dort wurde wörtlich vereinbart: „Wir wollen die Situation der Opfer der SED-Diktatur mit geeigneten Maßnahmen verbessern. In Frage hierfür kommen unter anderem die Aufstockung der Mittel für die Häftlingshilfestiftung, die Einführung einer Opferpension oder die Einrichtung eines effektiven Verfahrens zur Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden.“

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat bereits in der letzten Wahlperiode einen Antrag auf Einführung einer Opferpension (Drucksache: 15/ 932) gestellt. Dieser ist aber an der damaligen Regierungskoalition gescheitert.

Auf die Vereinbarung im Koalitionsvertrag nimmt die Union ausdrücklich Bezug und fordert eine rasche Umsetzung von Verbesserungen zu Gunsten der Opfer der SED-Diktatur

Vertriebenensprecher Kapeller (ÖVP) hilft in Rumänien



Der vertriebenenpolitische Sprecher des ÖVP-Club im Österreichischen Nationalrat, Norbert Kapeller (2.v.l.), hat im Rahmen einer Delegationsreise ins Banat und nach Siebenbürgen nicht nur die deutschsprachigen Minderheiten besucht und Fragen der Bewahrung des kulturellen Erbes erörtert. Auch hat er sich mit der Situation in den Altenheimen auseinandergesetzt. Die Erkenntnisse über erhebliche Defizite hat er in eine groß angelegte Hilfsaktion, bei der zahlreiche Ausstattungsgegenstände übergeben wurden, im Januar dieses Jahres umgesetzt.

Rückgang beim Aussiedlerzuzug im Jahr 2005

„Im vergangenen Jahr kamen mit 5.271 Spätaussiedlern rund 38 Prozent weniger als 2004 nach Bayern. Damit ging die Zahl der Spätaussiedler bereits zum vierten Mal in Folge deutlich zurück“, teilte die Aussiedlerbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung, Bayerns Sozialministerin Christa Stewens, in München mit. Diese Tendenz spiegelt die bundesweite Entwicklung wider; hier sank die Zahl der Neuzugänge ebenfalls um fast 40 Prozent auf 35.522 Personen.

Grund für diese rückläufige Entwicklung sind nach den Worten der Ministerin die aufgrund des Zuwanderungsgesetzes erhöhten Aufnahmevoraussetzungen. Diese Entwicklung werde sich auch in diesem Jahr fortsetzen. Denn auch die Zahl der gestellten Aufnahmeanträge sei bundesweit von 34.560 im Jahr 2004 auf nur noch 21.306 im vergangenen Jahr gesunken. „Der absehbare deutliche Rückgang bei den Neuzugängen gibt uns die Möglichkeit, den bereits begonnenen Abbau von UnterkunftsKapazitäten weiter zu forcieren“, erläuterte Stewens. In Bayern seien derzeit in 135 Übergangswohnheimen nur noch insgesamt 6.190 Spätaussiedler untergebracht.

Der Zuzug von Spätaussiedlern nach Hessen ist im Jahr 2005 im Vergleich zum Vorjahr um 1.684 Personen oder 39,6 Prozent auf 2.571 Menschen gesunken, stellte der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, in Wiesbaden fest.

Roland Koch unterstützt die Aufarbeitung der Vertreibungsgeschichte im Schulunterricht

Ministerpräsident Roland Koch lädt Heimatvertriebene erneut zum Neujahrsempfang ein



Am Neujahrsempfang des hessischen Ministerpräsidenten nahmen neben Ministerpräsident Roland Koch (3.v.l.) auch Sozialministerin Silke Lautenschläger (2.v.l.), Kultusministerin Karin Wolff (r.) und der Landesbeauftragte für Vertriebene und Spätaussiedler Rudolf Friedrich (3.v.r.) teil. Die Delegation des hessischen Landesverbandes des BdV wurde vom Landesvorsitzenden Alfred Herold (m.) angeführt.

Ministerpräsident Roland Koch begrüßte die Vertreter der Heimatvertriebenen und dankte ihnen für ihre Aktivitäten zugunsten der Integration und der ostdeutschen Kultur. Dass die Anliegen der Heimatvertriebenen ernst genommen werden, zeige die Anwesenheit mehrerer Vertreter der Landesregierung und des Parlaments. Der Hessische Landtag werde in den nächsten Tagen den Haushalt 2006 beschließen und damit die Arbeit der Verbände weiter auf eine sichere Basis stellen. Als Gegenleistung erwarte er von den Verbänden Kontinuität in der guten Zusammenarbeit. Die partnerschaftliche Arbeit mit gemeinsamen Kooperationen müsse weitergehen. Er sei froh über die harmonische Arbeit hier in Hessen und werde manchmal von anderen Bundesländern darauf angesprochen. „Wir können stolz sein auf die Veränderungen in diesem Politikfeld seit 1999. Der Zug bewegt sich und er bewegt sich in die richtige Richtung“, so der Ministerpräsident. In einem umfassenden Gedankenaustausch nahm er weiter zu der fertig gestellten Lehrerhandreichung „Flucht und Vertreibung“ und dem geplanten „Zentrum gegen Vertreibungen“ Stellung. Das Zentrum sei von der Bundeskanzlerin bei

ihrem Besuch in Polen angesprochen worden. Das Thema stehe weiter auf der politischen Tagesordnung, allerdings solle man der neuen Bundesregierung Zeit geben. Es sei keine Thematik, um Konflikte aufzubauen, allerdings werde es auch nicht in Vergessenheit geraten. Er bleibe bei seiner Aussage, dass Hessen dabei ist, wenn sich auch andere Bundesländer an den Zentrum beteiligen.

Sozialministerin Silke Lautenschläger wies insbesondere auf die Integrationsprobleme jugendlicher Spätaussiedler hin und erläuterte das Integrationskonzept des Landes Hessen.

Kultusministerin Karin Wolff stellte fest, dass im - Gegensatz zu früher - nun im Fach Geschichte ein ganzes Schuljahr für die Nachkriegsgeschichte vorgesehen sei. Dies sei im Lehrplan verbindlich geregelt. Zur Lehrerhandreichung führte sie aus, dass diese Broschüre bereits vor Monaten an die Schulen ausgeliefert wurde. Der Handreichung sei ein Hinweis auf die Lehrpläne beigelegt. Insgesamt hätte sich die Mentalität dahingehend geändert, dass eine stärkere Öffnung für das Thema Vertreibung in der Gesellschaft festzustellen sei.



Vertreibungsgeschichte in Hessens Schulen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, zeigte sich sehr erfreut über die Auslieferung der Broschüre „Umsiedlung, Flucht und Vertreibung der Deutschen als internationales Problem“ durch das Hessische Kultusministerium an die Schulen in Hessen. Diese soll den hessischen Lehrkräften in Form einer Handreichung die Behandlung des Themas im Unterricht erleichtern. Die Lehrerhandreichung soll die Lehrkräfte sowohl im Geschichtsunterricht als auch im Fach Politik und Wirtschaft unterstützen, teilte der Landesbeauftragte heute in Wiesbaden mit.

Die Broschüre beschäftigt sich mit Vertreibungen in Europa seit Beginn des 20. Jahrhunderts und macht das Leiden durch Berichte, Briefe und Fotos anschaulich. „Damit steht den Schulen zum Thema Flucht und Vertreibung hervorragendes Unterrichtsmaterial zur Verfügung. Ebenso unterstützte ich den Vorschlag, Zeitzeugen in den Unterricht einzuladen, um Geschichte erlebbar zu machen“, so der Landesbeauftragte.

20 Jahre Sudetendeutsches Haus in München

„Das Sudetendeutsche Haus ist als Sitz der wichtigsten Institutionen der Sudetendeutschen seit 20 Jahren Heimstatt und Förderer der Kultur der sudetendeutschen Volksgruppe.“

Mit diesen Worten hob Bayerns Sozialministerin Christa Stewens die Bedeutung des Sudetendeutschen Hauses anlässlich dessen 20-jährigen Bestehens hervor. „Zugleich ist es sichtbarer Ausdruck der Schirmherrschaft des Freistaates Bayern für die Sudetendeutschen“, betonte Stewens in München.

1985 wurde das Sudetendeutsche Haus in München von der Sudetendeutschen Stiftung mit wesentlicher finanzieller Hilfe des Freistaates Bayern errichtet.

Die Sudetendeutsche Stiftung selbst war im Jahr 1970 als Ausfluss der seit 1954 bestehenden Schirmherrschaft des Freistaates Bayern für die Sudetendeutschen zur Förderung der Kulturarbeit der sudetendeutschen Volksgruppe im In- und Ausland errichtet worden.

„Die Vertriebenen nehmen wichtige Aufgaben im Bereich der Integration wahr und sind eine Brücke im Europa des 21. Jahrhunderts zu unseren osteuropäischen Nachbarn. Ich begrüße es deshalb ausdrücklich, dass sich die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag wieder verstärkt den Grundsatzfragen im Vertriebenenbereich zuwendet,“ erklärte Christa Stewens.

Das Sudetendeutsche Haus stehe allen Kreisen der Bevölkerung offen und biete zahlreiche Veranstaltungen sowie eine wissenschaftliche Bibliothek mit mehr als 140.000 Bänden.

Der bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat sich nachdrücklich für das von der Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ geplante „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin ausgesprochen.

„Für ein freundschaftliches Miteinander muss Europa die dunklen Seiten seiner neueren Geschichte aufarbeiten“, sagte Stoiber am 25. Januar beim Festakt zum 20-jährigen Bestehen des Sudetendeutschen Hauses in München. „Ein Zentrum gegen Vertreibungen kann hier einen wichtigen Beitrag leisten und steht in Berlin am richtigen Ort.“

Im Hinblick auf das Verhältnis zur Tschechischen Republik forderte Edmund Stoiber einen intensiveren Dialog ein. 60 Jahre nach Kriegsende müsse es endlich einen historischen Durchbruch geben.

Berufung von Dr. Christoph Bergner begrüßt

„Mit der Beauftragung des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Christoph Bergner zum Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten machen Bundesregierung und Bundesinnenminister deutlich, welchen Stellenwert diese Politikfeld für sie besitzt,“ erklärte der Vorsitzende der Gruppe der „Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme. Diese hochrangige Besetzung gebe die nötige Stoßkraft zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben.

Auch wenn die Zuzugszahlen der Spätaussiedler rückläufig seien, blieben sie eine wichtige gesellschaftliche Gruppe.

Fromme sicherte der Bundesregierung und dem neuen Beauftragten die volle Unterstützung der Fraktion bei dieser Aufgabe zu. Allerdings müssen auch die Spätaussiedler ihren Anteil leisten und sich verstärkt um ihre Integration bemühen. Das ist kein einseitiger Prozess.

Impressum

Herausgeber:	Dr. Norbert Röttgen MdB Hartmut Koschyk MdB Parlamentarische Geschäftsführer Jochen-Konrad Fromme MdB
Redaktion:	Thomas Helm (Hauptredaktion) Verena Herkenhoff
Sekretariat: Kontakt:	Ines Roehm Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler
Anschrift:	Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-55364 Telefax (0 30) 2 27-56154